

ras haben angesichts der großen Krise wiederholt eine Wiederbelebung der Monarchie gefordert. Dabei denken sie an eine wesentlich größere Machtfunktion als beispielsweise Noch-Premierminister Madhav Kumar Nepal (CPN-UML), der erst vor wenigen Tagen eine kulturelle Rolle der Monarchie ins Gespräch brachte. Unterstützt wird die Exmonarchie von ihrem parlamentarischen Sprachrohr, der RPP (Nepal) und deren Führer Kamal Thapa, der sich wiederholt mit hindufundamentalistischen Führern in Nepal und Indien getroffen hat. Kamal Thapa versucht alles wieder rückgängig zu machen, was bisher erreicht wurde. So plädiert er für die Wiedereinsetzung der Monarchie und die Abschaffung der Republik, eine Rückkehr zum Hindustaat, eine Verwerfung der Föderalismusgedankens, die Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung und Neuwahlen. Die Partei Kamal Thapas ist nur dank des proportionalen Wahlsystems mit vier Abgeordneten in der 601 Mitglieder umfassenden verfassungsgebenden Versammlung vertreten, jenen vier Abgeordneten, die am 28. Mai 2008 als einzige gegen die Abschaffung der Monarchie stimmten.

Damit scheint sich der Kreis erneut zu schließen. 1990 hatte die Monarchie erhebliche Macht abgeben müssen, dem König blieb aber dennoch als Staatsoberhaupt und oberster Armeeführer so viel Macht, dass er in zwei Etappen, 2002 und 2005, putschen konnte. Nicht zuletzt deswegen wurde die Monarchie 2008 abgeschafft, durfte aber im Land verbleiben und diverse

Staatsvergünstigungen genießen. Niemand nimmt zur Zeit Anstoß daran, das die immer aggressiveren Statelements von Gyanendra und Paras schon längst wieder in gravierender Weise gegen die Grundlagen der Übergangsverfassung von 2007 verstoßen.

Aber sowohl die Monarchie als auch die konservativen Politiker müssen begreifen, dass sie auf Dauer keine Chance haben werden, ihre Interessen durchzusetzen. Die Verhinderung der Ideale der geplanten neuen Verfassung könnte eine Eskalation zur Folge haben, gegen die der maoistische Aufstand harmlos erscheinen mag. Schon lange gären ethnische und regionale Konflikte, die wiederum von kriminellen Banden rücksichtslos ausgenutzt werden. Diese genannten Konflikte, so sie denn bei einem Scheitern des Friedens- und Erneuerungsprozesses voll zum Ausbruch kommen sollten, würden die Existenz des Staates Nepal ernsthaft gefährden. Die Finger dürfen bereits jetzt auf die erzkonservativen und machthungrigen Politiker gerichtet werden, denen nicht wirklich am Staat Nepal und seinen Menschen gelegen ist. Es bleibt die nur noch ganz schwache Hoffnung, dass diese engstirnigen Politiker dies endlich doch noch begreifen und eine gemeinsame Lösung in Kooperation mit und unter dann hoffentlich seriöser Führung der UCPN-Maoist zielstrebig in die Wege leiten. Das allein wäre legitim und würde dem Wählerwillen entsprechen. Ein Abweichen von den anfangs genannten Eckpfeilern der neuen Verfassung darf dabei aber nicht zur Debatte stehen.

Stand der Entwicklungen: 10.09.2010

Politische Chronik, Januar - September 2010

zusammengestellt von Karl-Heinz Krämer

Januar 2010: Die Ernennung von Toran Jung Bahadur Singh zum stellvertretenden Armeechef sorgt für heftige Proteste von Menschenrechtsorganisationen. Singh war Kommandeur des Bhairabnath Bataillons der nepalischen Armee, das für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird. Per einstweiliger Verfügung des Obersten Gerichtshofs (SC) wird die Ernennung vorübergehend gestoppt.

Die Einführung eines föderalen Systems hatte bei den Wahlen der verfassungsgebenden Versammlung (CA) auf der Agenda aller großen Parteien gestanden. Nach der Unterbreitung des diesbezüglichen Vorschlags durch die CA Ende 2009 kommt es zu heftigen Diskussionen. Insbesondere der Nepali Congress (NC) und der konservative Flügel der UML zeigen sich kritisch; die stellvertretende Premierministerin Sujata Koirala (NC) fordert gar ein Referendum hierüber. Während sich die UCPN

(Maoist) für ein föderales System auf ethnischer Basis ausspricht, schlägt der NC ein regionales System vor, welches sich stark an die Aufteilung unter dem einstigen königlichen Panchayat-System anlehnt. Hier rückt ganz klar die Angst der Brahmanen in den Vordergrund, ihre Dominanz und Privilegien zu verlieren.

Es wird ein High Level Political Mechanism (HLPM) geschaffen, der aus den Vorsitzenden der drei großen Parteien und dem Premierminister besteht und den Verfassungsprozess erleichtern soll. Mit anderen Worten: Vier männliche Brahmanen, die allesamt am Scheitern des 1990er Systems mitgearbeitet haben und von denen zwei nicht einmal vom Volk gewählt wurden, sollen den Weg zu einem inklusiven und partizipativen neuen Nepal ebnen, eine Absurdität!

Angeführt von den beiden nicht gewählten UML-Politikern Bidya Bhandari (Verteidigungsministerin) und K. P. Oli (stellvertretender UML-Vorsitzender) sowie zahlreichen NC-Politikern gibt es in Unterstützung der Armeeführung eine breite Front gegen die schon für Anfang 2007 geplante Integration und Rehabilitation der maoistischen Armee (sie war ohne zahlenmäßige Beschränkung so im umfassenden Friedensabkommen vom November 2006 vereinbart worden). Die UN sieht den gesamten Friedensprozess gefährdet.

Februar 2010: Besonders umstritten ist auch die mögliche Aufteilung des Tarai in föderale Teilstaaten. Die politische Elite der Madhesi-Bevölkerung möchte das gesamte Tarai als einen einzigen Madhesi-Staat sehen. Dem widersetzen sich namentlich die Tharu, die im westlichen Tarai aus Protest einen eigenen Tharu-Staat ausrufen.

Royalisten und Hindu-Fundamentalisten protestieren vehement gegen ein mögliches föderales Staatssystem und fordern eine Rückkehr zum Hindu-Staat.

Eher zaghaft drängt die 2005/6 noch so einflussreiche zivile Gesellschaft auf eine zeitgerechte Verabschiedung der neuen Verfassung.

März 2010: Die für die Stagnation des Friedensprozesses verantwortlichen Politiker kritisieren zum wiederholten Mal die Arbeit von UNMIN und OHCHR in Nepal. Viele konservative Politiker möchten die Arbeit der UN in Nepal am liebsten beendet sehen. Derweil zeichnet der neue Menschenrechtsbericht der US-Regierung ein düsteres Bild für Nepal.

Am 20.03. stirbt der NC-Vorsitzende Girija Prasad Koirala, nach 1990 zweifelsohne der einflussreichste Politiker des Landes. Mit seinem steten Einsatz für Demokratie hat er sich zwar ein bleibendes Denkmal gesetzt, aber es gibt in den Nachrufen auch ungewöhnlich viel Kritik. Es bleibt die Tatsache, dass Girija als Premierminister von sechs unterschiedlichen Regierungen einer der Hauptverantwortlichen sowohl für das Scheitern des 1990er Systems als auch für die Stagnation des derzeitigen Friedensprozesses gewesen ist. Er hinterlässt eine von Vetternwirtschaft und wenig demokratischen Strukturen geprägte, nun von Führungskämpfen gezeichnete Partei.

An der royalistisch/hindu-fundamentalistischen Front melden sich Exkönig Gyanendra und Ex-Kronprinz Paras zu Wort und deuten ein Interesse an einer Wiederherstellung der Monarchie an. Unterstützung erhalten sie durch Kamal Thapa, seine Rastriya Prajatantra Party – Nepal (RPP-Nepal) und konservative Hindu-Kreise.

April 2010: Kleine an der Regierung beteiligte Parteien scheitern aus. Aber auch innerhalb der UML von Premierminister Madhav Kumar Nepal zeigen sich tiefe Risse. Der linke Flügel der UML um den Parteivorsitzenden Jhala Nath Khanal drängt auf ein Ende der Nepal-Regierung. Die UCPN (Maoist) fordert eine Konsensregierung aller Parteien unter ihrer Leitung, was wiederum auf strikte Ablehnung bei NC, konservativen Flügeln der UML und zahlreichen kleinen Parteien stößt. Derweil träumt Premierminister Nepal weiterhin von einer fristgerechten Verabschiedung der neuen Verfassung und lehnt alle Rücktrittsforderungen ab.

Mai 2010: Beginnend mit dem Tag der Arbeit versucht die UCPN (Maoist), den von ihr angestrebten Rücktritt des Premierministers und eine neue Regierung unter ihrer Führung durch landesweite massive, wenngleich weitgehend friedliche Streiks und Demonstrationen durchzusetzen. Nach acht Tagen gibt sie diesen Versuch auf. Allerdings nimmt in der Folgezeit der Druck auf Premierminister Nepal enorm zu, auch aus den Reihen seiner eigenen Partei. PM Nepal aber weigert sich weiterhin beharrlich, zurückzutreten.

Derweil müssen auch die letzten Optimisten zugeben, dass die Verfassung nicht am 28. Mai verabschiedet werden kann. Es beginnen heftige Diskussionen über eine Verlängerung der verfassungsgebenden Versammlung, was eine weitere Änderung der Übergangsverfassung bedeutet, die nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich ist.

Am 28. Mai einigen sich die drei großen Parteien 10 Minuten vor Ablauf der Frist auf einen Konsens: umgehender Rücktritt Premierminister Nepals, einvernehmliche Behebung der diversen Probleme, welche die Ausarbeitung der Verfassung angeblich behindern (u. a. Integration der maoistischen Kämpfer und Rückgabe beschlagnahmten Eigentums, nicht aber ein Ende der Straffreiheit für begangene Kapitalverbrechen) und zügiger Abschluss des Friedens- und Verfassungsprozesses.

Juni 2010: Rasch wird klar, dass der Konsens in Wirklichkeit keiner war. Premierminister Nepal denkt weiterhin nicht an Rücktritt. Statt dessen fordern er sowie die Führer des NC und der konservative Flügel der UML beharrlich, die Maoisten sollten zunächst einmal ihre Teile der Vereinbarung erfüllen. Wie bei allen Kompromissen seit April 2006 wird auch hier ein Nachgeben der Maoisten gefordert. Noch nie hat der NC eingelenkt und diese gemeinsame Vereinbarung dann auch verantwortungsvoll mitgetragen.

Am 30. Juni tritt PM Nepal endlich zurück. Seine Regierung soll bis zur Neuwahl eines Premierministers kommissarisch im Amt bleiben.

Juli 2010: Da die großen Parteien zu keinem Kompromiss in der Lage sind, kann die für den 7. Juli vorgesehene Wahl eines neuen Premierministers nicht stattfinden. Schließlich legt Präsident Yadav den 21. Juli als Wahltermin fest.

Unter den Verzögerungen leidet auch die Diskussion und Verabschiedung des Jahreshaushalts. Schließlich legt der Finanzminister der scheidenden Regierung einen Zwischenhaushalt für vier Monate vor.

Am 21. Juli bewerben sich nach intensiven Diskussionen in allen drei großen Parteien drei Politiker um das Amt des Premierministers: Pushpa Kamal Dahal (UCPN-Maoist), Ram Chandra Poudel (NC) und Jhala Nath Khanal (UML), also wie gewohnt drei männliche Brahmanen. Dahal signalisiert in letzter Sekunde eine Unterstützung von Khanal, wenn dieser in der Lage sei, zwei Drittel der Abgeordneten hinter sich zu bringen, was ihm jedoch nicht gelingt. Khanal zieht jedoch seine eigene Kandidatur zurück. Dahal erhält 242 Ja-Stimmen, Poudel 124; es wäre eine absolute Mehrheit, also 300 von möglichen 599 Stimmen, erforderlich gewesen.

August 2010: Vier weitere Versuche, einen neuen Premierminister zu wählen scheitern mit etwa immer dem

gleichen Ergebnis: ca. 120 Stimmen für Poudel, ca. 240 Stimmen für Dahal. Letzterer erklärt sich bereit, seine Kandidatur zurückzuziehen, falls Poudel dies ebenfalls tut, was dieser jedoch ablehnt. Madhesi-Parteien und CPN-UML enthalten sich. Eine Einigung auf einen neuen, für alle Parteien akzeptablen Kandidaten wird hierdurch unmöglich gemacht.

Erneute Rekrutierungskampagne der staatlichen Armee, was dem Friedensabkommen widerspricht und rational auch nicht notwendig erscheint. Die Maoisten drohen aus Protest mit Rekrutierungen für ihre PLA.

Die internen Treffen der Führungsgremien von CPN-UML und UCPN-Maoist machen die Grabenkämpfe innerhalb dieser Parteien deutlich. Bei der UML steht Jhala Nath Khanal noch am ehesten für eine Lösung der Krise ein; der erkonservative K. P. Oli setzt alles daran, dies zu verhindern; Noch-Premierminister Madhav Kumar Nepal pendelt irgendwo dazwischen. Bei den Maoisten gerät Parteichef Dahal schwer unter Druck. Der Politiker, der hier am meisten für eine Krisenlösung eintritt, ist Babu Ram Bhattarai; auf der radikalen Seite steht Mohan Vaidya.

Unterdessen werden die Monarchie und ihre Anhänger immer aktiver. Exkönig Gyanendra und sein Sohn Paras pflegen den Kontakt zu erkonservativen Hindu-Institutionen und plädieren öffentlich für eine Rückkehr der Monarchie. Unterstützt werde sie sie von Kamal Thapa und seiner Partei, der RPP-Nepal, Beistand wird auch von hindufundamentalistischen Kreisen in Indien signalisiert.

September 2010: Auch die sechste Wahlrunde für das Amt des Premierministers scheitert am 7. September; es gibt weiterhin keine Perspektive.

Ogleich sich der Friedensprozess gerade in seiner schwersten Krise befindet, versuchen die Armeeführung, der NC und der konservative Flügel der CPN-UML auf Biegen und Brechen, eine Verlängerung des UNMIN-Mandats zu verhindern; zumindest wollen sie, dass die staatliche Armee der Kontrolle durch UNMIN entzogen wird. Ohne Beteiligung der Maoisten entscheidet sich die Noch-Regierung schließlich für eine viermonatige Verlängerung des Mandats unter unveränderten Bedingungen.

Unter großem Aufwand laufen die Vorbereitungen des in den vergangenen Jahren mehrfach verschobenen

Parteikonvents des NC. Was für den gesamten Staat gilt, trifft für den NC im Besonderen zu: Die alten Führer drängen sich erneut in den Vordergrund und versuchen, eine größere Inklusivität und Demokratisierung der Partei zu verhindern.

Unterdessen ist auch vier Monate nach der Verlängerung der Frist für die Verabschiedung der Verfassung kein Federstrich an selbiger weiter gearbeitet worden.

Grundlagen des Scheiterns: Die großen Drei befürchten das Ende ihrer Führungsrolle in einem neuen Nepal ethnischer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit durch Föderalismus

von Pramod Mishra

Warum sind die Maoisten und UML/Congress bereit, den Friedensprozess zu beenden, die neue Verfassung zu verschieben und das neue Nepal zu einer Totgeburt zu machen? Was sind die Grundlagen dieses rätselhaften Stillstands? Aus meiner Sicht liegt dies an oberflächlichen, aber auch tiefer gehenden Strukturen.

Die Medien-Pandits, Kolumnisten-Politiker und Personen aus der allgemeinen Öffentlichkeit haben bisher stets die Oberflächenstruktur für diese dauerhafte Blockierung verantwortlich gemacht: Dass die Maoisten die Staatsmacht an sich reißen wollten; dass sie sich nicht zu einer gewaltfreien, demokratischen Kraft gewandelt hätten. Als die Maoisten erkannt hätten, dass ihr „Volkskrieg“ zu nichts führte, sei ihnen die Unterzeichnung des Friedensabkommens lediglich als eine akzeptable Möglichkeit erschienen, ihr eigentliches Ziel zu erreichen, d. h. die gewaltsame Übernahme des Staates und die Errichtung einer kommunistischen Einparteiherrschaft. Girija Prasad Koirala, Madhav Kumar Nepal und Indien seien durch die Bereitschaft und das Bekenntnis der Maoisten zur 12-Punkte-Vereinbarung und zum umfassenden Friedensabkommen zum Narren gehalten worden.

Auf der anderen Seite bestehen auch die Maoisten darauf, dass sie als stärkste Partei in der verfassunggebenden Versammlung zunächst die Leitung der Regierung übernehmen, ehe mit dem Verfassungsschaffensprozess

fortgefahren wird.

In anderen Worten, die Wurzel des Stillstands liegt im eigensinnigen Kampf zwischen zentristischen, gemäßigt linken und extrem-linken Kräften.

Aber, worauf auch Subhas Nembang kürzlich hingewiesen hat, sowohl die Maoisten als auch die Congress-UML-Verbindung haben von dem eigentlichen Anliegen des Schreibens einer neuen Verfassung abgelenkt, indem sie sich auf zweitrangige Dinge konzentrieren: Regierungswechsel (seitens der Maoisten) und Integration der Volksbefreiungsarmee (PLA) (seitens Congress/UML). Die Maoisten könnten jederzeit die Regierung mit weitgehender öffentlicher Unterstützung übernehmen, nachdem die Verfassung verabschiedet und in Kraft getreten ist. Auch Congress/UML könnten ihr Streben nach Auflösung der PLA umsetzen, nachdem die neue Verfassung dem Land Stabilität und Rechtsstaatlichkeit gebracht hat.

Statt dessen haben die Maoisten die Behauptungen ihrer Kritiker belegt, indem sie ein um das andere Mal aus diversen Anlässen für Zerrüttung gesorgt haben, so, als sie den Armeechef Katawal nur wenige Monate vor seiner ohnehin anstehenden Pensionierung entließen, als sie einseitig ethnische Republiken ausriefen, als sie monatelang die Arbeit der verfassunggebenden Versammlung boykottierten, und dann wiederum, als sie